



**Rede des Ministerpräsidenten
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Erwin Sellering
auf seinem Neujahrsempfang
am 09. Januar 2017 in Schwerin**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zum Neujahrsempfang hier in dem wunderschönen Mecklenburgischen Staatstheater und wünsche ein gutes und gesundes neues Jahr. Viel Glück und Erfolg bei allem, was Sie 2017 vorhaben. Alles Gute.

Ich freue mich, dass wir dieses Jahr in der Landeshauptstadt zu Gast sein dürfen. Schwerin mit seiner wunderschönen Altstadt, den vielen attraktiven Plätzen, seinen sieben Seen, vor allem aber mit seinem zum Weltkulturerbe angemeldeten Gebäudeensemble um das alles überragende, wunderbare Schloss, steht ja in besonderer Weise für die Attraktivität unseres Landes, für die Offenheit und die Freundlichkeit der Menschen hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Und dieses traditionsreiche, aufwendig restaurierte Mecklenburgische Staatstheater ist ein ganz besonderes Kleinod. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Badenschier, sehr geehrter Herr Generalintendant Tietje, herzlichen Dank, dass der Empfang heute in diesem festlichen Rahmen stattfinden kann.

Anrede,

Es ist eine schöne Tradition, dass wir zu Beginn des Jahres ins Gespräch kommen, uns austauschen über unsere Ziele und Vorhaben. Diese Tradition setze ich gern auch in der neuen Wahlperiode fort. Und natürlich soll es heute vor allem um die Frage gehen, wie wir unser Land in den kommenden 5 Jahren weiter voranbringen können.

Gestatten Sie aber, dass ich zunächst auf zwei aktuelle Themen eingehe, die ganz Deutschland im vergangenen Jahr stark beschäftigt haben und weiter beschäftigen: die Debatte um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und das Thema Innere Sicherheit, das durch den widerwärtigen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt noch einmal an Brisanz gewonnen hat.

Meine Damen und Herren,

es ist wichtig, dass wir trotz aller Aufregung bei diesen Themen einen klaren Kompass bewahren. Ich halte vier Punkte für wichtig.

Der erste: Wir brauchen eine vernünftige Flüchtlingspolitik, mit Herz und Verstand. Ich halte es nach wie vor für richtig, dass ein so starkes Land wie Deutschland Flüchtlinge aufnimmt, die in ihrer Heimat Krieg, Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind. Das ist und bleibt ein Gebot der Menschlichkeit. Und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, anerkannte Flüchtlinge, die wir bei uns aufnehmen, anständig zu behandeln, sie nicht zu diskriminieren oder gar anzugreifen.

Es hat im vergangenen Jahr deutschlandweit 921 Übergriffe allein auf Asylunterkünfte gegeben. Das ist verbrecherisch. Und das ist beschämend. Meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns allen entschlossen entgegentreten, die mit rechtsextremen Parolen gegen Flüchtlinge hetzen und die vor Hass und Gewalt nicht zurückschrecken.

Zu einer vernünftigen Flüchtlingspolitik gehört aber auch, dass selbst ein Land wie Deutschland nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen kann. Das überfordert die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Es war ein schwerer Fehler, dass über Monate

hinweg unbegrenzt und unkontrolliert eine große Zahl von Flüchtlingen nach Deutschland kommen konnte. Inzwischen ist die Zahl deutlich zurückgegangen, die zum Teil wirklich schwierigen Zustände haben sich erheblich verbessert. Es muss aber auch dauerhaft sichergestellt sein, dass wir die Kontrolle darüber behalten, wer in unser Land kommt.

Und so wichtig und richtig es ist, dass wir Menschen in Not zur Seite stehen – es muss auch klar sein, dass diejenigen Zuwanderer, bei denen in einem rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt wurde, dass sie unseren Schutz nicht brauchen, dass die in ihre Heimat zurückkehren müssen. Am besten freiwillig. Und wenn nicht, dann auch per Abschiebung.

Das wird das Thema des nächsten Spitzengesprächs der Bundesregierung und der sechzehn Landesregierungen sein. Mecklenburg-Vorpommern gehört sicher zu den Ländern in Deutschland, die bei Abschiebungen vergleichsweise konsequent vorgehen. Aber auch wir stoßen oft an Grenzen, wenn beispielsweise andere Staaten bei der Rückführung nicht kooperieren. Und deshalb ist es wichtig, dass der Bund und die Länder bei dieser Frage enger zusammenarbeiten und die Probleme lösen, die unzweifelhaft noch bestehen.

Der zweite Punkt: Wir müssen die Innere Sicherheit in Deutschland bewahren. Absoluten Schutz vor terroristischen Anschlägen kann es nicht geben. Aber Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Auch im vergangenen Jahr ist es den Sicherheitsbehörden gelungen, in verschiedenen Fällen einzugreifen, bevor etwas passiert ist. Auch die Sicherheitskräfte bei uns in Mecklenburg-Vorpommern leisten sehr gute Arbeit. Sie verdienen dafür unseren Dank und unsere Anerkennung, vor allem aber auch unsere Unterstützung bei ihrer schwierigen Aufgabe. Das will ich bei dieser Gelegenheit auch sehr deutlich sagen.

Wichtig ist, dass wir wachsam und wehrhaft bleiben. Die Landesregierung wird jeden geeigneten Vorschlag zur Stärkung unserer Sicherheitsarchitektur unterstützen. Die Diskussion darüber muss allerdings mit kühlem Kopf geführt werden. Denen, die jetzt mit dem zynischen Kalkül, daraus für sich politisch Kapital schlagen, hysterische Angstparolen verbreiten, treten wir entschieden entgegen. Unsere Schutzmaßnahmen dürfen unsere freiheitliche und offene Gesellschaft nicht in Frage stellen.

Das gilt gerade auch im Umgang mit den sogenannten Gefährdern. Auch hier gelten selbstverständlich unsere rechtsstaatlichen Regeln. Wenn aber jemand zum Heiligen Krieg aufruft oder sich als Selbstmordattentäter zur Verfügung stellt, muss das unter Strafe gestellt werden können, auch wenn es noch nicht zur Tatausführung gekommen ist. Und selbstverständlich müssen Ausländerrecht und Asylrecht die Möglichkeit bieten, jemanden, der keinen Schutzanspruch in Deutschland hat, der in täuschender Absicht mit verschiedenen Identitäten unterwegs ist und Kontakt zu radikal islamistischen Kreisen hat, so lange in Gewahrsam zu nehmen, bis etwaige bürokratische Hindernisse für die Rückführung in seine Heimat ausgeräumt sind.

Konsequentes und besonnenes Handeln, das ist der richtige Weg, die Innere Sicherheit in Deutschland zu bewahren. Dabei ist klar, dass auch die Länder auf die veränderte Sicherheitslage reagieren müssen. Das tut die Landesregierung. Wir haben bereits im vergangenen Jahr die Weichen dafür gestellt, dass 100 zusätzliche Polizisten vor Ort eingesetzt werden können. Und wir werden jetzt in der neuen Wahlperiode die Zahl der Polizistinnen und Polizisten vor Ort noch einmal um 300 erhöhen: 150 zusätzliche Stellen,

weitere 150 über Umstrukturierungen. Und wir werden auch die Ausrüstung der Polizei weiter verbessern. Wir leisten da unseren Beitrag.

Meine Damen und Herren,
ebenso wichtig ist – und das ist mein dritter Punkt – dass wir uns der Aufgabe der Integration sehr ernsthaft zuwenden. Wir müssen denjenigen Flüchtlingen, die bei uns bleiben dürfen und bleiben wollen, die Chance geben, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Es geht um die Integration in Kitas, in Schulen und vor allem in den Arbeitsmarkt.

Land und Kommunen arbeiten in dieser Frage eng zusammen. Das schafft gute Voraussetzungen. Wirklich gelingen kann Integration aber nur, wenn die Menschen aufeinander zugehen. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich erfreulicherweise Tausende für Flüchtlinge, zeigen Mitmenschlichkeit und Anteilnahme und unterstützen auf vielfältige Weise, zum Beispiel beim Knüpfen erster Kontakte oder bei Behördengängen. Einige sind heute hier. Ich sage an dieser Stelle: Vielen herzlichen Dank allen im Land, die sich so einsetzen.

Der vierte ist der vielleicht sogar wichtigste Punkt: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Debatte über die Flüchtlinge und über die Innere Sicherheit so geführt wird, dass sie das Klima in unserem Land vergiftet, dass sie unsere gute Gemeinschaft und den starken Zusammenhalt zerstört, der uns in Mecklenburg-Vorpommern auszeichnet. Wir haben im letzten Jahr eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft erlebt, mit einem rauer und aggressiver werdenden Ton bis hin zu wirklich schlimmen Ausfällen, Beleidigungen, Drohungen, Übergriffen.

Anrede,
kontroverse Debatten gehören in einer offenen Gesellschaft dazu. Und es ist klar, dass es bei diesen schwierigen Themen unterschiedliche Meinungen gibt. Aber es ist wichtig, dass wir die Debatten darüber sachlich und respektvoll miteinander führen. Das ist mein persönlicher Wunsch an uns alle, in Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland, für das Jahr 2017.

Meine Damen und Herren,
wir stehen am Beginn einer neuen Wahlperiode. Die Landtagswahl im vergangenen Jahr ist nach meiner Wahrnehmung durch zwei gegenläufige Stimmungen geprägt worden.

Die Wahlanalysen zeigen, dass eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürgern mit der Entwicklung des Landes und auch mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden ist. Darüber freue ich mich natürlich sehr.

Aber es ist bei dieser Wahl auch Unmut sichtbar geworden, der vor allem mit der Flüchtlingsfrage zu tun hat, aber noch darüber hinausgeht. Es ist in den letzten Jahren in einigen Regionen unseres Landes, insbesondere im Landesteil Vorpommern, das Gefühl entstanden, nicht an der guten Entwicklung des Landes teilzunehmen und nicht ausreichend von den Akteuren in Schwerin wahrgenommen zu werden.

Für die Landesregierung ergeben sich daraus zwei Schlussfolgerungen: Wir wollen das, was in den letzten Jahren erfolgreich war, in der neuen Wahlperiode fortsetzen. Wir werden weiter in die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und gute Arbeitsplätze investieren, einen

Schwerpunkt bei Kitas und Schulen setzen und den Kurs der soliden Finanzpolitik des Landes fortführen. Und wir werden noch stärker als bisher unsere Anstrengungen zur Förderung des ländlichen Raums fortführen, mit besonderer Berücksichtigung Vorpommerns.

Zugleich werden wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger verstärken, unter anderem mit einer neuen Veranstaltungsreihe. Alle Regierungsmitglieder werden einmal pro Halbjahr eine Diskussionsveranstaltung mit Bürgerinnen und Bürgern durchführen, abgestimmt und an wechselnden Orten, so dass alle Regionen berücksichtigt werden.

Also: Kontinuität, um Bewährtes fortzusetzen, neue Akzente, um aktuellen Fragen zu begegnen. Das ist der richtige Weg für unser Land.

Meine Damen und Herren,
das Wichtigste wird auch in den kommenden fünf Jahren sein, das Land wirtschaftlich weiter voranzubringen, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden und damit das Lohnniveau steigt.

Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Und das ist, anders als manche meinen, keineswegs nur eine Folge des demografischen Wandels. Das belegen mehr als 50.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren.

Wir wissen: Nur eine starke Wirtschaft kann Arbeitsplätze sichern und neu schaffen. Und deshalb wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren weiter verbessern.

Dabei setzen wir auf die Branchen, in denen unser Land traditionell stark ist, wie der Tourismus, die Land- und Ernährungswirtschaft oder auch die maritime Wirtschaft einschließlich unserer Häfen. Und ebenso auf Zukunftsbranchen wie die erneuerbaren Energien, die Gesundheitswirtschaft, die Kreativwirtschaft oder den IT-Bereich. Das Handwerk und der gewerbliche Mittelstand haben dabei als Rückgrat der Wirtschaft des Landes unsere besondere Unterstützung.

Wirtschaftsförderung ist für uns allerdings kein Selbstzweck. Wir freuen uns natürlich, wenn Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern gute Gewinne machen. Aber ich sage ganz offen: Für uns steht etwas anderes im Vordergrund. Es geht uns um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen - um gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen.

Meine Damen und Herren,
zum Jahreswechsel hat es eine kleine Kontroverse zwischen dem DGB und der Vereinigung der Unternehmensverbände über die Löhne und die Lohnentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Das ist kein Grund zur Sorge: Die Beteiligten sind es gewohnt, ab und zu konfrontativ aufeinander zu treffen. Meist kommt es dabei am Ende zu vernünftigen Ergebnissen und anschließend verstehen sich alle sehr schnell wieder sehr gut miteinander.

Diese Kontroverse wirft aber ein Schlaglicht auf ein außerordentlich wichtiges Thema für unser Land. Wir befinden uns in einem schärfer werdenden Wettbewerb um Fachkräfte. Und es ist für unsere Unternehmen existenziell wichtig, in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Deshalb sind gute Löhne nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Sie sind auch immer stärker eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

Ich freue mich, dass viele Unternehmen im Land das erkannt haben und ihren Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne bieten. Aber es führt nun einmal kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass Mecklenburg-Vorpommern beim Lohnniveau insgesamt immer noch weit zurückliegt.

Da dort, wo Tarif gezahlt wird, die Löhne meist höher sind und auch die Lohnangleichung weiter fortgeschritten oder sogar abgeschlossen ist, wird sich die Landesregierung auch in Zukunft dafür einsetzen, dass mehr Tariflohn gezahlt wird. Dadurch wird die Tarifautonomie nicht berührt. Vielmehr geht es darum, bei dem Einsatz von Fördermitteln und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die nachhaltige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft des Landes im Blick zu behalten, in unser aller Interesse.

Wir wollen deshalb mit den Gewerkschaften und den Unternehmervetretern darüber sprechen, wie wir die Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Schaffung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können. Und wir werden prüfen, ob und wie wir das Landesvergabegesetz so ändern können, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht benachteiligt ist, wer Tariflohn zahlt.

Meine Damen und Herren,
eine moderne Infrastruktur ist aus zwei Gründen wichtig für unser Land. Sie ist Voraussetzung dafür, dass sich die Wirtschaft weiter gut entwickelt. Und sie ist von großer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger, ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität.

Deshalb werden wir den Ausbau der Infrastruktur in den kommenden Jahren weiter fortsetzen. Auf der Straße geht es zunächst um die Fertigstellung der beiden wichtigsten Neubauprojekte: hier im Landesteil Mecklenburg um den letzten noch fehlenden A14-Abschnitt im Land, von Grabow bis zur Landesgrenze; und in Vorpommern um die B96n auf Rügen.

Von strategischer Bedeutung für unser Land ist auch der weitere Ausbau der Häfen. Sie sind nicht nur Umschlagplatz und Anlaufpunkt für Fähr- und Kreuzfahrtschiffe. Sie zählen heute auch zu den wichtigsten Industriestandorten, weil sie die Produktion direkt an der Kaikante ermöglichen.

Und wir werden uns weiter mit aller Kraft um die modernste Form der Infrastruktur kümmern, um eine bessere Versorgung mit schnellem Internet in den ländlichen Räumen. Ich bin sehr stolz darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern in den ersten beiden Runden des Bundesprogramms zum Ausbau der digitalen Infrastruktur so sehr viel erfolgreicher als alle anderen Bundesländer abgeschnitten hat. Jetzt zu Beginn des Jahres haben wir noch einmal eine große Anzahl von Projekten für die dritte Runde des Wettbewerbs angemeldet. Und ich hoffe sehr, dass wir da wieder erfolgreich sein werden, damit wir möglichst bald flächendeckend schnelles Internet haben.

Meine Damen und Herren,

ich habe es vorhin bereits angesprochen. Wir wollen in dieser Wahlperiode ein verstärktes Augenmerk auf den Landesteil Vorpommern richten, wobei es natürlich nicht darum geht, den einen Landesteil gegenüber dem anderen zu bevorzugen. Sondern es geht darum, beide Landesteile mit ihren Besonderheiten gut zu entwickeln.

Wir haben uns bei Bildung der Landesregierung entschlossen, erstmals in der Geschichte des Landes einen Staatssekretär für Vorpommern zu benennen. Er soll Kümmerer vor Ort, ein zusätzlicher Ansprechpartner für die Akteure und der besondere Interessenvertreter Vorpommerns am Kabinetttisch sein. Und wir wollen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort konkrete Projekte für den Landesteil Vorpommern entwickeln. Wir haben so etwas vor vielen Jahren schon einmal getan. Damals waren es z.B. der Ausbau der Usedomer Bäderbahn und die Entwicklung des Industriehafens Lubmin. Beide Entscheidungen haben sich als nachhaltig gut für ganz Vorpommern herausgestellt. Und ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, neue Projekte mit ähnlich nachhaltiger Wirkung auf den Weg zu bringen, die dann vom Land und den Akteuren vor Ort gemeinsam umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren,

die Kitas sind in den vergangenen Jahren ein besonderer Schwerpunkt der Landesregierung gewesen. Das soll auch in Zukunft so sein.

Gute Kitas sind die Voraussetzung dafür, dass unsere Kinder gute Chancen von Anfang an haben. Und sie erleichtern es Eltern, Beruf und Familie gut miteinander zu verbinden.

In dieser Wahlperiode werden wir zunächst mit einem 30-Millionen-Programm die Eltern bei den Kita-Beiträgen entlasten. Mit dem nächsten Haushalt werden wir die Elternbeiträge in Krippe und Kindergarten über einen Zuschuss um 50 Euro pro Kind und Monat absenken. Ab 2018 gibt es damit eine Entlastung von 600 Euro pro Jahr für jedes Kind. Das haben wir versprochen. Und das kommt.

Wir werden im Laufe der Wahlperiode in einem zweiten Schritt die Familien, die besonders hohe Lasten zu tragen haben, weil sie für zwei oder mehr Kinder den Elternbeitrag zahlen müssen, noch einmal zusätzlich entlasten. Sie zahlen dann für das zweite Kind nur noch die Hälfte und ab dem dritten Kind überhaupt keinen Elternbeitrag mehr. Eine sehr spürbare Unterstützung für die Familien, die das besonders brauchen. Auch da gilt: Was wir versprochen haben, setzen wir auch um.

Und längerfristig wollen wir noch weitergehen. Wir werden wir die Zinseinsparungen, die sich aufgrund der von uns weiter geplanten schrittweisen Tilgungen ergeben, zur weiteren Entlastung der Eltern einsetzen mit dem klaren Ziel einer möglichst baldigen vollständigen Beitragsfreiheit in der Kita. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Und ich freue mich, dass wir bei diesem wichtigen Thema eine hervorragende Unterstützung durch die Bundesregierung haben. Es ist vor allem Ihnen, sehr verehrte Frau Bundesministerin Schwesig zu verdanken, dass die früher für das Betreuungsgeld, von manchen auch als Herdprämie bezeichnet, eingesetzten Gelder an die Länder und die Kommunen weitergegeben werden. Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben dadurch 10,3

Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, die sie für Verbesserungen bei der Kinderbetreuung einsetzen können. Das ist eine wichtige Unterstützung. Vielen herzlichen Dank dafür!

Meine Damen und Herren,
mit einer ähnlich großen Anstrengung wie jetzt aktuell für die Kitas haben wir in der vergangenen Wahlperiode ein 50-Millionen-Paket für die Schulen auf den Weg gebracht, um Unterrichtsausfall zu reduzieren, den Lehrerberuf attraktiver zu machen und vor allem die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Dieses Programm werden wir selbstverständlich in den kommenden Jahren fortführen.

Und wir wollen zu weiteren Verbesserungen im Schulbereich kommen. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung, mehr Deutschunterricht in der Grundschule und die Umsetzung der Inklusion sind hier die wichtigsten Vorhaben.

Meine Damen und Herren,
dieser gute finanzielle Einsatz in Kita und Schule ist nur möglich auf der Grundlage der sehr soliden Finanzpolitik, durch die Mecklenburg-Vorpommern sich seit vielen Jahren auszeichnet. Wir haben in den letzten zehn Jahren keine neuen Schulden aufgenommen. Mehr noch: Das Land hat fast eine Milliarde an alten Schulden aus den Anfangsjahren nach der Deutschen Einheit wieder abgebaut. Das hat außer uns kaum ein anderes Bundesland geschafft. Und ich finde: Darauf können wir in Mecklenburg-Vorpommern sehr stolz sein.

Wir werden in diesem Jahr den Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 in der Landesregierung und im Landtag beraten. Das wird wie immer zu einigen Diskussionen führen. Aber es ist völlig klar: Wir werden auch in den kommenden Jahren am Kurs der soliden Finanzpolitik festhalten und ausgeglichene Haushalte vorlegen. Und gleichzeitig werden wir mit dem Haushalt Schwerpunkte setzen in den Bereichen, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind: bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen, bei den Kitas, bei den Schulen. Das ist verantwortungsvolles Handeln. Im Interesse kommender Generationen.

Meine Damen und Herren,
für das positive Lebensgefühl und den Zusammenhalt bei uns in Mecklenburg-Vorpommern leisten die vielen Ehrenamtlichen im Land einen unverzichtbaren Beitrag. Sie sorgen mit ihrem Engagement für mehr Menschlichkeit und Wärme in unserer Gesellschaft. Viele von Ihnen, liebe Festgäste, kommen aus dem ehrenamtlichen Bereich. Und wir werden drei besonders Aktive nachher noch mit dem Landesorden auszeichnen. Ich möchte die Gelegenheit dieses Empfangs dazu nutzen, allen Ehrenamtlichen im Land sehr herzlich für ihr großartiges Engagement zu danken. Vielen Dank.

Die Landesregierung hat, das wissen Sie, eine Ehrenamtsstiftung ins Leben gerufen, um bürgerschaftlich Engagierte, insbesondere diejenigen, die nicht den großen Verbänden angehören, bei ihrem Einsatz für die Gesellschaft zu unterstützen durch Beratung, Fortbildung, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und auch durch die möglichst unbürokratische Bewilligung kleinerer Beträge. Und die Stiftung hat, sehr geehrte Frau Kohl, sehr geehrter Herr Holtze, zum Jahresende eine beeindruckende Bilanz für 2016 vorgelegt. 142 Vereine oder Initiativen haben eine ausführliche Beratung erhalten (Vereinsrecht, Steuerrecht, Gemeinnützigkeit), 61 Weiterbildungsveranstaltungen mit gut 20 - 30 Teilnehmern wurden durchgeführt, es gibt ein

Service- und ein Mitmachportal und schließlich finanzielle Unterstützung für 454 ehrenamtliche Vorhaben.

Ich freue mich sehr, dass die Stiftung so gut angenommen wird. Sie wissen, der Aufbau dieser Stiftung ist mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen gewesen. Und deshalb freue ich mich aus ganzem Herzen darüber, dass sie erfolgreich gestartet ist und ihre Kritiker Lügen gestraft wurden.

Meine Damen und Herren,
unser Bundesland hat sich immer durch einen starken sozialen Zusammenhalt ausgezeichnet. Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind vielleicht etwas weniger mitteilend und machen uns etwas weniger wichtig als das in anderen Bundesländern üblich ist. Aber wir sind zuverlässig, wir verfolgen beharrlich unsere Ziele und wir sind füreinander da, wenn es darauf ankommt.

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir uns diesen starken sozialen Zusammenhalt bewahren, dass wir uns nicht spalten lassen durch die Themen, bei denen vielleicht nicht alle einer Meinung sind. Denn eines ist völlig klar: Wir werden die Aufgaben, vor denen wir in den kommenden Jahren stehen, nur gemeinsam lösen können.

Ich lade im Namen der Landesregierung deshalb zur Zusammenarbeit ein. Diese Einladung geht zunächst an die Kommunen des Landes. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass wir wichtige landespolitische Aufgaben nur gemeinsam mit den Kommunen, mit den Kreisen und kreisfreien Städten und mit den Gemeinden lösen können. Das gilt im wirtschaftlichen Bereich genauso wie bei der Festigung des sozialen Zusammenhalts in Mecklenburg-Vorpommern. Wir bekennen uns zu unserer gemeinsamen Verantwortung und zu einer fairen Partnerschaft. Und ich bin zuversichtlich, dass unsere Gespräche für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zu einem positiven Ergebnis führen werden, wenn wir sie in diesem Sinne führen.

Unsere Einladung richtet sich auch an die Wirtschaft, an die Gewerkschaften, an Wissenschaft, Kultur und Sport, an die Verbände und Initiativen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Wir haben gemeinsam schon viel für Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Und ich bin überzeugt: Wir können noch viel mehr erreichen, wenn wir uns unsere gemeinsamen Ziele auch gemeinsam verfolgen.

Und unsere Einladung richtet sich vor allem an die Bürgerinnen und Bürger, an die Aktiven in der Gesellschaft. Machen Sie mit, bringen Sie sich ein, mit Kritik, mit Anregungen und vor allem mit Ihrem Engagement.

Meine Damen und Herren,
ein neues Jahr ist immer auch ein neuer Aufbruch. Lassen Sie uns gemeinsam aufbrechen ins Jahr 2017, lassen Sie uns unser schönes Bundesland Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen: zupackend, zuversichtlich und vor allem zusammen.